

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3,30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengeluche 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 218

Halver, Dienstag, 20. September 1955

1955

Nach viertägigen Kämpfen

Präsident Peron gestürzt

Militärjunta übernimmt Regierungsgewalt - Einstellung der Kämpfe vereinbart

dmt. Buenos Aires, 20. September

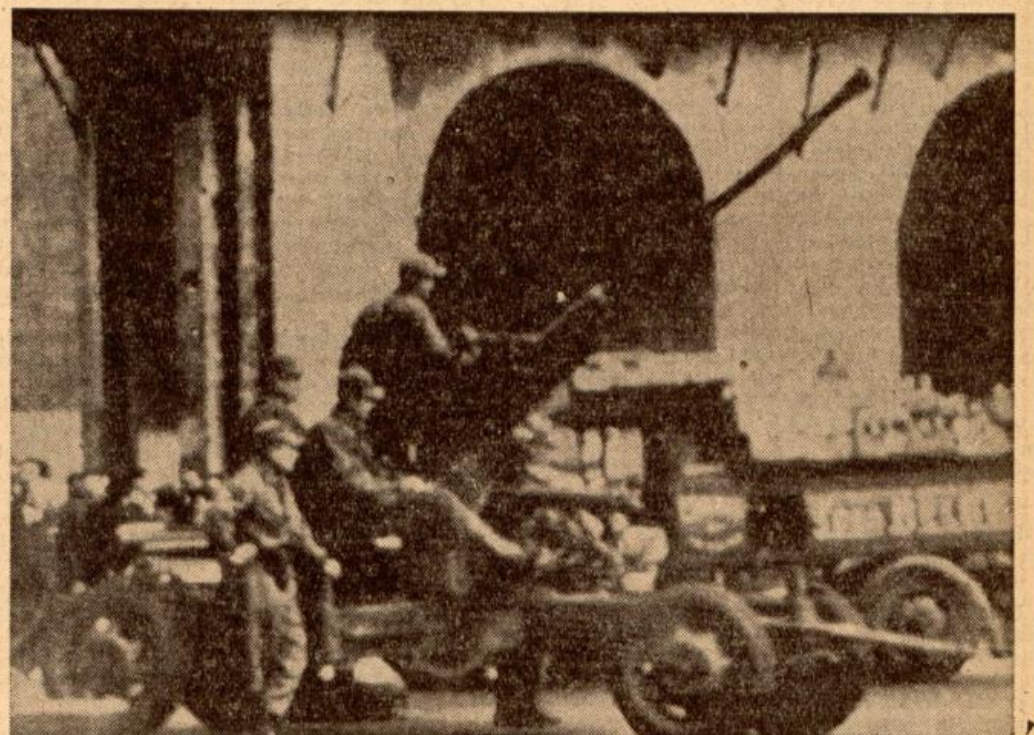
Nach viertägigen blutigen Kämpfen hat Staatspräsident Perón angesichts der drohenden Beschließung der argentinischen Hauptstadt durch die Kriegsilote seinen Rücktritt erklärt, und an Stelle der ebenfalls zurückgetretenen argentinischen Regierung hat eine Militärjunta aus drei oder fünf Generälen die Regierungsgewalt übernommen. Am Montagabend gab die Regierungsjunta über den Regierungssender bekannt, daß mit den Aufständischen die Einstellung der Kämpfe in Argentinien vereinbart worden sei und die Verhandlungen um Mitternacht aufgenommen würden.

Ueber das Schicksal Peróns liegen endgültige Nachrichten noch nicht vor. Während ein unbekannter Sender verbreitete, Perón habe in der Botschaft Paraguays in Buenos Aires Selbstmord verübt, verlautet aus anderen Quellen, daß Perón sich entweder noch in der Botschaft Paraguays befinde, wo er Zuflucht gesucht habe, oder bereits nach Asunción, der Hauptstadt von Paraguay, entkommen sei.

Das Ultimatum, das der Befehlshaber der aufständischen Flottenteile, Konteradmiral Rojas, der Regierung Perón gestellt hatte, war am Montag um 13 Uhr abgelaufen. Nachdem die Marine durch die Beschließung des Stützpunktes Mar del Plata zu verstehen gegeben hatte, daß sie die androhte Beschließung der argentinischen Hauptstadt wahr machen werde, gab Präsident Perón kurz vor 13 Uhr seinen Rücktritt durch den Rundfunk bekannt. In Buenos Aires und anderen Städten kam es im Laufe des Nachmittags zu Freuden- und Freiheitskundgebungen, bei denen

Bilder des Staatspräsidenten verbrannt wurden. Vor dem Regierungspalast allerdings versammelten sich einige hundert Perónisten und brachten immer wieder Hochrufe auf General Perón aus. Der Generalsekretär des argentinischen Gewerkschaftsverbandes forderte inzwischen die Arbeiter über den Rundfunk auf, Ruhe zu bewahren und ihre Arbeitsplätze nicht zu verlassen.

Neuneinhalb Jahre nach seinem Amtsantritt wurde Präsident Perón unter diesen dramatischen Umständen gezwungen, zurückzutreten. In dem Machtkampf scheint die Haltung der argentinischen Flotte entscheidend gewesen zu sein, durch ihren Sieg ist wahrscheinlich nicht nur das politische Schicksal Peróns, sondern auch das des Regimes besiegt. Weder die peronistische Partei noch die Gewerkschaften, die die Hauptstützen des Regimes waren, sind nach dem Sturz Peróns in Tätigkeit getreten. Die peronistischen Führer scheinen durch die plötzliche und unerwartete Entwicklung der Krise gelähmt zu sein.



Feuer einstellen!

Nach dem Sturz des argentinischen Staatspräsidenten Perón ist es zwischen der nun regierenden Militärjunta und den Rebellen zu Verhandlungen gekommen, die mit einer vorläufigen Feuereinstellung begannen. Gespannt wartet hier die Besatzung eines Flak-Geschützes in den Straßen von Buenos Aires auf die endgültige Entscheidung der neuen Herren. (Radiobild: dpa)

„Kampfgruppen“-Angehöriger entführt

Im. Berlin, 19. September

Nach einer Mitteilung der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ in Westberlin ist der 37jährige ehemalige Mitarbeiter der „Kampfgruppe“, Rupprecht Wagner, in Ostberlin aufgefaßt. Er hat dort in Begleitung von drei SSD-Leuten die Angehörigen von „Kampfgruppen“-Mitarbeitern aufgesucht und ihnen mit Festnahme durch die Volkspolizei gedroht.

Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ erklärte dazu, daß Wagner entführt worden sei. Er wäre nie freiwillig in die Sowjetzone gegangen. Wagner war bis zum Frühjahr bei der „Kampfgruppe“ tätig. Dann siedelte er in die Bundesrepublik über und nahm eine Stellung bei einer Versicherungsgesellschaft an. Er wohnte in Cleve, war aber beruflich viel unterwegs. Er wurde am 9. September zum letzten Mal in Westdeutschland gesehen. Einzelheiten über sein Verschwinden aus der Bundesrepublik und sein Auftauchen in Ostberlin sind noch nicht bekannt. Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ befürchtet, daß der Sowjetzonen-Staats-Sicherheitsdienst Wagner in Kürze in einer Pressekonferenz vorführen wird, auf der er vorher festgelegte Aussagen über die „Kampfgruppe“ machen soll.

Der Vorstand des Landesverbandes Rheinland-Pfalz des Gesamtdeutschen Blocks/BHE hat seine Ämter niedergelegt und ist geschlossen aus der Partei ausgetreten.

Verfahren gegen entlassene Kriegsverurteilte?

Bonn will vorerst die Heimkehr abwarten — Namenslisten der Vermissten in Arbeit

Wl. Bonn, 19. September

Ob die von der Sowjetunion wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilten 9626 deutschen Kriegsgefangenen, die jetzt freigelassen werden, nach ihrem Eintreffen in der Bundesrepublik vor deutsche Gerichte gestellt werden, ist noch nicht sicher. Ein Regierungssprecher erklärte hierzu am Montag, man wolle zunächst einmal abwarten, bis diese Gefangenen wirklich freigelassen und in Westdeutschland eingetroffen seien.

Es sei anzunehmen, daß die Sowjetregierung der Bundesregierung mitteilen werde, bei welchen der von ihnen als „Kriegsverbrecher“ bezeichneten eine Nachprüfung durch deutsche Gerichte für erforderlich oder wünschenswert hält. Erst wenn dies geschehen sei, könne man sagen, gegen wen ein Ermittlungsverfahren vor einem deutschen Gericht eingeleitet werde.

Wie der Sprecher weiter mitteilte, wird wegen der Aufstellung der Listen über die mehr als 100 000 noch in der Sowjetunion weilenden Zivilgefangenen und Verschleppten noch mit dem Deutschen Roten Kreuz eine Absprache getroffen werden müssen. Der Bundeskanzler hatte in Moskau mit den sowjetischen Staatsmännern vereinbart, daß der Sowjetregierung Namenslisten über diese Personen eingereicht werden sollen. Die Sowjetunion hat sich ihrerseits zu einer Überprüfung der Listen und zur Freilassung aller Personen bereit erklärt, die auf Grund der

Listennachprüfung noch in der Sowjetunion ermittelt werden.

Sowjettruppen bleiben in der DDR

... bis Westmächte die Bundesrepublik verlassen — Pankow und Moskau einig

dmt. Moskau, 19. September

In ihrer Montagbesprechung handelten die Regierungsdelegationen von Pankow und Moskau die Einzelheiten des angekündigten neuen zweiseitigen Vertrages über die staatsrechtlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern aus.

Die fünf wichtigsten Punkte des Abkommens — das am Dienstagmittag unterzeichnet werden soll — sind nach den Worten von SED-Sekretär Ulbricht und dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin folgende:

1. Pankow ist mit dem Verbleiben sowjetischer Truppen im Gebiet der DDR einverstanden solange die Westmächte „ihre Stützpunkte in der Bundesrepublik Deutschland“ nicht räumen.

2. Dadurch wird die eigene Verantwortung „der Arbeiter- und Bauernmacht keineswegs berührt, die DDR, das Vaterland der Werktätigen, durch eigene bewaffnete Streitkräfte wirkungsvoll zu schützen“.

3. Die Wiedervereinigung muß durch Herstellung direkter Beziehungen zwischen den Regierungen in Bonn und Pankow erstrebt werden.

4. Die Sowjetische Hohe Kommission in Deutschland wird aufgelöst. Ihre Funktionen im Hinblick auf die Beziehungen zu Großbritannien,

Frankreich und den USA wird der sowjetische Botschafter in Ostberlin übernehmen.

5. Die von der früheren Sowjetischen Kontrollkommission erlassenen Gesetze und Verordnungen werden mit Inkrafttreten des neuen Abkommens aufgehoben.

Ulbricht erklärte auf der Montagsitzung, die Annahme der Wehrgesetze in Bonn und der „begonnene Aufbau einer aggressiven Wehrmacht“ zwingt die DDR, ihre Verpflichtungen und Rechte, die sich aus dem Warschauer Vertrag (dem östlichen Gegenstück der NATO) ergeben, getreulich zu erfüllen. Solange aber die Westmächte nicht bereit seien, ihre Militärstützpunkte in der Bundesrepublik zu liquidieren, müßten die sowjetischen Truppen „auf Friedenswacht in

Hoffmann beruft außerordentlichen Parteitag ein

WEU-Ministerrat entscheidet über Begriff „Mehrheit“

dmt. Saarbrücken, 19. September

Die Christlich-soziale Volkspartei (CVP) des saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann wird am 2. Oktober in Saarbrücken zu einem außerordentlichen Parteitag zusammentreten, um — wie aus gut informierten Kreisen verlautet — die von Hoffmann wiederholt angedeutete Möglich-

keit zu diskutieren, von dem bisherigen „Ja“ zum Saarstatut zu einem „Nein“ umzuschwenken. Hoffmann hatte diese Überlegungen mit „Gewissensterror“ im Wahlkampf begründet.

In dem neuentstandenen Streit um die Definition des Begriffes „Mehrheit“ (die zur Annahme des Saarstatuts notwendig ist) betonte die Europäische Kommission am Montag, daß die Entscheidung hierüber dem Ministerrat der Westeuropäischen Union zustehe. Gleichzeitig wies die Kommission eine Beschwerde der Demokratischen Partei Saar (DPS) über eine angebliche Einmischung der Außenminister der Montanunionsländer in den Abstimmungskampf zurück.

Die angebliche Erklärung der sechs Außenminister nach einer privaten Zusammenkunft, die Zustimmung der Saarbevölkerung zu dem Statut sei ein wichtiges Element der von ihren Ländern verfolgten europäischen Politik, stamme nämlich in Wirklichkeit von einem Vertreter des französischen Außenministeriums. Diese Erklärung sei dann in Presseberichten entstellend wiedergegeben worden.

Die französisch orientierte „Saarbrücker Zeitung“ wurde am Montag vom Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Held, beschuldigt, eine Unterredung, die er einem Journalisten gewährte, politisch mißbraucht zu haben mit der Behauptung, der Präses habe sich unter Hinweis auf den Wahlkampf an der Saar gegen jeden „Gewissenszwang im politischen Leben“ ausgesprochen.

Die von der Demokratischen Partei aufgestellte Behauptung, daß der „Rheinische Merkur“ in Koblenz Beziehungen zur Saarregierung unterhalte, wurde von der Zeitung dementiert.

Straßennamen auf Widerruf

Wir haben es erlebt; aus dem Königsplatz wurde der Platz der Republik, die Kaiserstraße Ebertstraße, Stresemann wird Saarland, dieser Hindenburg, jener Göring, dann kamen neue Schilder. Schließlich wurde aus Moltke — Thälmann und aus Kaiser Wilhelm — Pieck. Dieser letzte Name mag aus der Geschichte nicht zu streichen sein, zumindest nicht aus einer Phase, aber zuverlässig anzunehmen ist, daß es auch hier zu einem Straßenschild-Wechsel kommen wird.

Vier Epochen mit Namensänderungen haben wir glücklich hinter uns, sofern wir vor 1914 geboren sind. Vielleicht wird es sogar noch eine fünfte geben, vor allem in Mitteldeutschland. Und hoffentlich in nicht zu ferner Zeit. So stetig die politischen Verhältnisse scheinen und möglichst auch bleiben, man kann nur mit Sympathie auf die Beschlüsse einiger Stadtverordnetenversammlungen blicken, die keinem Lebenden mehr die Ehre einer Straßenenennung zuteil werden lassen wollen.

Man glaube aber ja nicht, es spreche aus solchen Vorgängen eine typisch deutsche Unstetigkeit. Auch in anderen Ländern wechselte man

Schilder. Mancher zeitgeschichtlichen Persönlichkeit von Rang ist es im Laufe der Zeit so ergangen. Wie leicht es zu so etwas kommt, erlebte nun eine weltbekannte Gestalt auf Beschluß der Stadt Athen. Nicht weil diese Erscheinung einem Bedeutungswandel unterlag, sondern weil man sie und ihr Land bestrafen wollte.

In Griechenland fühlte man sich Großbritannien mehr als ein Jahrhundert freundschaftlich verbunden. Aber das hat sich in den letzten Jahren gelegt. Jeder Schuhputzer, Straßenhändler und Schiffskaufmann mag als leidenschaftlicher politischer Kritiker an seiner Regierung etwas auszusetzen haben —, daß man aber in London Cypern nicht an Griechenland geben will, obschon man Indien aufgab und den Portugiesen den Verzicht auf Goa nahelegt, empört sie alle. Und dabei noch täglich durch eine Churchillstraße laufen zu müssen und über einen Viktoriaplatz, das empfindet man als eine Zumutung.

Die Stadt strich also nun feierlich die Namen. Einst galt ihr Churchill als großer Mann, wie sich jetzt herausstellte: nur auf Widerruf! -thk-

WORTE DER BESINNUNG

Man muß die Menschen ermutigen, anstatt sie abzuschrecken.
Friedrich der Große

Programmwechsel

Es heißt, daß der Mensch nicht allein von der Arbeit lebt, er soll auch sein Vergnügen haben. Was haben wir im Sommer getrieben? Wir haben Ausflüge gemacht, Federball gespielt, haben gerudert, geschwommen, sonnengebadet, im Grünen gefaulenzt. Das ist nun alles vorbei. Es gibt nichts Grünes mehr. Der Regen tropft, und frischer Wind weht uns durch die Kleider. Der Herbst ist da. Wir müssen uns nach anderen Zerstreuungen umschauen. Wir müssen unser Amüsement wechseln. Das Vergnügen paßt sich immer auch der Jahreszeit an. Jede Jahreszeit hat ihren eigenen, charakteristischen Vergnügungsstil.

Im Herbst also fangen die Leute an, sich zusammenzuwerfen. Das Vereinsleben bekommt neuen Auftrieb. Kegelklubs, Skatrunden, Gesangsvereine, Kaffeekränzchen und Briefmarkensammler werden aktiv. Die letzten Brüder und Schwestern sind aus dem Urlaub zurückgekehrt, und nun drängt es sie, ihre Erlebnisse von sich zu geben.

Vogelliebhaber, Numismatiker, Frontsoldaten, Steuergeschädigte, Jazzfreunde, Landsmannschaften, Schachspieler, sie alle treffen sich, zahlen Beiträge, beschließen irgend etwas Wichtiges und vertragen sich wieder. Die Kleingärtner besprechen ihre Ernte. Die Globetrotter zeigen ihre Farbdias. Die Tanzschule beginnt einen Kursus für Fortgeschrittene. Die Kabarettisten heben die Köpfe. Die Musikautomaten kommen in Schwung. Die Kinos füllen sich.

Es ist zu kalt, um draußen noch vergnügt zu sein. Also hinein in die Säle, Bierstuben, Klassenzimmer und Kaffeehäuser. Wo es hell ist, da ballen sich die Menschen; denn die Dunkelheit erregt Gruseln, und Einsamkeit ist nicht mehr gefragt. Nur die Gemeinschaft erzeugt Wärme. Seien wir nett zueinander.

Elfi

Halver

Im Interesse der Ortsverschönerung

Mehrfach berichteten wir von Notrufen hinsichtlich der Straßenbeleuchtung. Bei dem Versuch der Straßenlampen an verschiedenen Stellen handelt es sich nicht, wie wir erfahren, um Defekte, die man in kurzer Zeit hätte beheben können. Die Elektro-Mark hat vielmehr im Interesse der Ortsverschönerung eine Reihe von Masten weggenommen, die gleichzeitig für den Anschluß der Straßenbeleuchtung Verwendung gefunden hatten. Nachdem die Masten fortgenommen wurden, müssen die Schallleitungen neu verlegt und z. T. auch neue Schaltuhren eingebaut werden. Dies trifft z. B. für den Oesterberg, die Lütgenheide und den Linger Weg zu. Man ist bemüht, diese gegenwärtigen Lücken in der Straßenbeleuchtung so schnell wie möglich wieder auszufüllen.

Weitere Bauten geplant

Nachdem ein Bagger an der Hermann-Köhler-Straße den Baugrund für ein Wohnhaus ausgehoben hatte, hat er jetzt seinen Standort zum Langenscheider Weg, Ecke Jägerstraße, gewechselt. Dort plant die Firma Rudolf Craemer die Errichtung eines Fabrikneubaues. Von den Neubauten am Langenscheid sind bereits zwei mit Dachgerüsten versehen, zwei weitere warten auf die Zimmerleute und eine Reihe weiterer sind ebenfalls im Aufbau begriffen. Merklliche Fortschritte kann man auch an den Wohnhaus-Neubauten am Oesterberg, in der Hagedornstraße und am Mühlengrund feststellen.

Insgesamt vier Sickerschächte

Welche Kraft das Wasser haben kann, erfahren wir im letzten Frühjahr an unseren Straßen, die allorts aufbrachen. Nun hat man an der Bundesstraße 229 an den Stellen, die am gefährdetsten erscheinen, Sickerschächte angelegt. Die Schächte wurden in diesen Tagen fertiggestellt. Insgesamt sind es zwischen Halver und Oekinghausen vier Schächte, die auf der, von Halver gesehen, rechten Seite das Wasser sammeln und unter der Straße in großen Rohren durchleiten. Hoffen wir, daß diese Vorsichtsmaßnahme sich im kommenden Winter günstig auswirken wird.

Oberbrügger im Schüler-Sonderzug

Wegen großer Nachfrage mußte die Bundesbahn Vorzug einsetzen

Zum ersten Male hatte die Bundesbahn in diesem Jahre beschlossen, einen Schüler-Sonderzug ab Lüdenscheld nach dem Siebengebirge laufen zu lassen (wir berichteten bereits darüber). Die Schulen sollten dadurch Gelegenheit erhalten, den Jungen und Mädchen einmal ein besonders reizvolles Stück ihrer Heimat zu zeigen. Obwohl ihnen das Programm erst in den letzten Wochen vorgelegt wurde und zum großen Teil andere Planungen für die Wandertage nicht mehr umgestoßen werden konnten, meldeten die einzelnen Anstalten doch so viel Teilnehmer, daß ein Zug nicht ausgereicht hätte, um allen Wünschen nachzukommen. Daraufhin entschloß sich die Bundesbahn, einen zweiten Zug einzusetzen, der bereits in der vergangenen Woche gelaufen ist.

Wenig verheißungsvoll begann der erste Reisezug an dem neben den 250 Schülern aus Lüdenscheld auch Jungen und Mädchen aus Brügge, Oberbrügge, Kierspe, Meinerzhagen und Kottbus teilnahmen. Es schien, als wollte der mit schweren Wolken verhangene Himmel durch unaufhörliche Regengüsse Bundesbahn und Reisenden das Konzept gründlich verderben.

Aber trotz des Tiefs, das sich über das sauerländische und bergische Land ausbreitete, herrschte bald bei der jungen, großen Reisegesellschaft statt der anfänglich gedämpften Stimmung Frohsinn und Freude. Die Reiseleitung, in einem Sonderwagen in der Mitte des Zuges, gab während der Fahrt zum Rhein durch Lautsprecher belehrende Hinweise auf Sehenswürdigkeiten rechts und links des Schienenweges und sorgte zudem durch Musik auf Schallplatten dafür, daß die Stimmung und die Hoffnung auf einen sonnigen, erlebnisreichen Tag am herrlichen Rhein erhalten blieb.

Die in dem Liede ausgesprochene Bitte „Lieber Gott, laß die Sonne wieder scheinen...“, sollte doch noch erhört werden, denn kurz nach der

Sauerland-Höhenstraße wieder aktuell

Erste Besprechung zwischen Landschaftsverband, Gemeinden, Industrie- und Handelskammern, und Verkehrsverbänden in Siegen - Arbeitsausschuß gebildet - Denkschrift wird ausgearbeitet - Für den Zehn-Jahresplan beantragt

Nun sind die Fragen um den Bau der Sauerland-Höhenstraße wieder in Fluß gekommen. Auf Initiative der interessierten Gemeinden, Industrie- und Handelskammern und der Verkehrsverbände hatte der Landschaftsverband zu einer ersten gemeinsamen Besprechung eingeladen, die gestern im Haus der Siegerländer Wirtschaft (Siegen) stattfand. Von Lüdenscheld und vom Kreis Altena waren vertreten Oberstadtdirektor Born, Stadtplaner Biegel, der Syndikus der Industrie- und Handelskammer, Assessor Kirstein und Oberkreisdirektor Feuring. In dieser Sitzung, in der, wie wir erfahren, zunächst mit aller Deutlichkeit die Dringlichkeit des Baues der Sauerland-Höhenstraße für die Wirtschaft der angrenzenden Gebiete (die Landkreise Siegen, Olpe, Iserlohn und Altena und die kreisfreien Städte Siegen, Iserlohn, Lüdenscheld und Hagen) betont wurde, kam man zu wichtigen Beschlüssen. Man war sich am Ende der Besprechung einig, die schwebenden Fragen so schnell wie möglich zu klären und das Projekt mit Nachdruck vorwärts zu treiben.

Die Versammlung, die vom Oberbürgermeister der Stadt Siegen, Bach, in seiner Eigenschaft als Präsident des Landschaftsverbandes und Direktor Köchling vom gleichen Verband geleitet wurde, beschloß, alle Argumente zusammenzutragen, die für die Notwendigkeit des Baues dieser Höhenstraße sprechen, sowie die rechtlichen und finanziellen Grundlagen zu prüfen. Man bildete einen technischen Ausschuß, dem diese Vorarbeiten übertragen wurden. Er setzt sich zusammen aus Landschaftsrat Dr. Naunin, der den Vorsitz führt, aus Landesrat Förster, Landesplaner Dr. Werner (alle Provinz), aus dem Bezirksplaner, und Dr. Pelzer vom Bergisch-Märkischen Verkehrsverein. Das Büro soll von Oberbaurat a. D. Stapelmann,

dem früheren Leiter des Straßenbauamtes Siegen, geführt werden.

TRASSENFÜHRUNG ENDGÜLTIG FESTLEGEN

Auf die dringende Bitte von Oberstadtdirektor Born beschloß das Gremium, in die Denkschrift, in der der Ausschuß alle Unterlagen zusammenfassen soll, auch die gesetzlichen Unterlagen für den Verlauf, die Trassenführung dieser Höhenstraße einzubauen. — Wie wir weiter erfahren, soll mit der Bearbeitung der Denkschrift sofort begonnen werden, damit sie zeitig genug der Versammlung aller Interessensvertreter zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann und am 1. April 1956 fertig vorliegt. Die entstehenden

Unkosten für die Vorarbeiten sollen zu je 50 Prozent vom Landschaftsverband und den Interessenten getragen werden.

LANDSCHAFTSVERBAND SEHR INTERESSIERT

U. a. wurde von Oberkreisdirektor Feuring darauf hingewiesen, daß die technische Vertretung der Landesplanungsgemeinschaft und des Landschaftsverbandes sich leider bisher nicht positiv zum Anliegen der anwesenden Interessensvertreter verhalten hätten und die Gemeinden bei der Aufstellung des Zehnjahresplanes überhaupt nicht gefragt worden seien. Es sei ihm unerklärlich, warum man die Sauerland-Höhenstraße in diesem Plan nicht berücksichtigt habe. Darauf wurde von seiten der Versammlungsleitung ausdrücklich betont, daß sowohl der Landschaftsverband wie auch die Straßenverwaltung an der möglichst baldigen Realisierung dieses Projektes sehr interessiert seien und daß man die Aufnahme der Sauerland-Höhenstraße als neue Bundesstraße in den Zehnjahresplan bereits beantragt habe. Der Bundestag habe nun über die Verteilung der Mittel und damit auch über die Aufnahme der einzelnen Projekte in den Plan zu beschließen.

ZUBRINGERSTRASSEN FESTLEGEN

Wie wir weiter erfahren, soll die neue Höhenstraße möglichst kreuzungsfrei gebaut werden, jedoch seien viele künstliche Uebergänge erforderlich. Oberkreisdirektor Feuring bat im Verlauf der Sitzung darum, sich zeitig genug über die Zubringerstraßen einig zu werden, damit sie bei der endgültigen Festlegung der Trassenführung zugleich mit eingeplant werden könnten. Als eine der Zubringerstraßen ist z. B. die Höhenstraße Werdohl-Lüdenscheld vorgesehen.

EINE TOTALE LEBENSFRAGE

Mit besonderem Nachdruck wurde auf den vor einigen Tagen in Siegen gehaltenen Vortrag des Ministers Middelhaufe aufmerksam gemacht, in dem er die dringende Notwendigkeit des Baues der Sauerland-Höhenstraße betonte und zusicherte, sich auch an Stellen höheren Orts für dieses Projekt einzusetzen.

Wie man uns sagte, sei auch darauf hingewiesen worden, daß beim Bund das Ruhrgebiet eine große Rolle spiele, aber der Süden des Sauerlandes mit dem Lüdenschelder Raum und dem angrenzenden Siegerland stiefmütterlich behandelt werde. Es wäre in der Sitzung immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß der Bau der Sauerland-Höhenstraße für Siegerland und Sauerland eine totale Lebensfrage sei und daß sofort etwas geschehen müsse.

co.

Weihe der neuen Fahne

Kyffhäuserbund Schalksmühle plant Feierstunde

Es sollen 40 Jubilare geehrt werden — Im Zeichen der Kameradschaft

Im Mittelpunkt der Versammlung der Kyffhäuser-Kameradschaft Schalksmühle im Lokal Hüfner stand ausführliche Erläuterungen über die Programmgestaltung der großen Weihe- und Konzertveranstaltung, die am Sonnabend, dem 1. Oktober, in der Turnhalle stattfinden soll.

Erstmals wird an diesem Tage der Bund innerhalb von Schalksmühle mit einer großen Feierstunde an die Öffentlichkeit treten, die als Höhepunkte die Weihe der neuen Fahne durch ein führendes Mitglied des Landesverbandes, sowie die Ehrung von rund 40 Jubilaren, die bereits 40, 50 und 60 Jahre in den Reihen des Kyffhäuserbundes wirken, vorsieht. Kameradschaftsführer Rutenbeck betonte, daß durch diese Veranstaltung alle ehemaligen Soldaten des Ersten und des Zweiten Weltkrieges besonders angesprochen würden.

Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß der Kyffhäuserbund nur auf Kameradschaft und Kameradschaftshilfe aufgebaut sei. Der Beweis

meln und unter der Straße in großen Rohren durchleiten. Hoffen wir, daß diese Vorsichtsmaßnahme sich im kommenden Winter günstig auswirken wird.

Oberbrügge/Ehringhausen

Mit voller Wucht aufgefahren

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich gestern nachmittag auf der Bundesstraße 54 in Höhe der Firma Drucks. Hier wollte der Lastzug einer Wuppertaler Spedition in das Fabrikgelände einbiegen, um Stückgut zu laden. Ein in gleicher Richtung fahrender Motorradfahrer hatte anscheinend das Einbiegen des Lastzuges nicht verfolgt und prallte in voller Fahrt auf den Lastzug auf. Der Kradfahrer kam zu Fall und trug so schwere Verletzungen davon, daß er in bewußtlosem Zustand in das Lüdenschelder Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Wichtig für Brautleute

Die evangelische Kirchengemeinde bittet alle Brautleute, bei denen der eine Teil nicht konfirmiert ist, das Aufgebot zur Hochzeit mindestens drei Monate vor der Hochzeit beim Pfarramt zu bestellen. Diese Neueinrichtung liegt im Interesse aller in Frage kommenden Brautleute, denn während dieser Frist ist es möglich, die Konfirmation nachzuholen, ohne die bekanntlich keine Trauung vorgenommen werden kann.

Verbindungen

schaffen -

Interessenten

suchen -

Bekannt

werden -

durch Anzeigen in der
heimatverbundenen
Zeitung

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das
märkische Sauerland

Unsere Annahmestellen
für Anzeigen und
Abonnement:

Halver:
Geschäftsstelle Kirchstr.

Schalksmühle:
Hermann Piepenstock,
Bahnhofstr.

Oberbrügge:
Robert Wasserfuhr,
Heerstr.

Kierspe:
Fritz Karge,
Fr.-Ebert-Straße 359

Rönsahl:
Karl Aschenberg,
Am Markt

Aus gutem Grund...

in vollen Zügen
genießt er froh, beschwingt und leicht
die Arbeitspause mit Vergnügen -
zwei Worte haben das erreicht:



JUNO
bitte

Bundeskabinett billigt Moskauer Beschlüsse

tm. Bonn, 19. September

Die Moskauer Beschlüsse über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion wurden am Montag in einer langen außerordentlichen Sitzung vom Bundeskabinett einstimmig gebilligt. Die Regierung begrüßte die Vereinbarungen über die Entlassung der in der Sowjetunion festgehaltenen Deutschen. Die ursprünglich geplante Diskussion über die für Donnerstag angekündigte Regierungserklärung zu den Moskauer Vereinbarungen fand — vermutlich wegen Zeitmangel — nicht statt.

Vorbereitungen für die Großen Drei

dmt. Washington, 19. September

Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und der USA haben am Montag in Washington mit den vorbereitenden Besprechungen für die Zusammenkunft der Außenminister der Großen Drei am 27. September in New York begonnen. Fragen gemeinsamen Interesses, vor allem im Hinblick auf die kommende Außenministerkonferenz der vier Großmächte in Genf, sollen erörtert werden. Die Bundesrepublik ist durch Prof. Grewe vertreten.

Bundespräsident Heuss empfing am Montag in Bonn den Erzbischof von Canterbury, Geoffrey Francis Fisher, zu einem freundschaftlichen Gespräch.

Der griechische Koordinationsminister Papaligouras und der griechische Finanzminister Evtaxias wurden am Montag zu einem Gedankenaustausch über die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen beider Länder von Vizekanzler Blücher und anschließend von Bundespräsident Heuss empfangen.

Erster Ausstellungswagen für Luftschutz

Schröder: Öffentlichkeit über Gefahren unterrichten — Sicherheit auch im Atom-Zeitalter

tm. Bonn, 19. September

Bundesinnenminister Dr. Schröder übergab am Montagvormittag im Hofe seines Ministeriums den ersten Ausstellungswagen an den Bundesluftschutzverband. In einer kurzen Ansprache betonte der Minister, daß alles getan werden müsse, um die Öffentlichkeit über das Gefahrenmaß des Luftkrieges aufzuklären. Gegen Wasserstoffbomben gebe es keinen vollständigen Schutz, doch könnten zweckmäßige Schutzmaßnahmen helfen, die schlimmsten Folgen abzuwenden.

Der Luftschutz sollte von der gesamten Bevölkerung getragen werden. Es sei die Aufgabe der neuen Wanderausstellung, den Impuls zum zivilen Schutz gegen die Luftgefahren zu wecken.

Ein großer Lastkraftwagen mit dem Kennzeichen „R 550-565“ wird das Bundesgebiet durchrollen und überall für den Luftschutz werben. Das weiße Riesenfahrgestell kann durch eine teleskopartige Vorrichtung von 2,50 m auf sieben Meter Breite „ausgezogen“ werden, so daß sich ein kompletter Ausstellungs- und Kinosaal für 50 Personen ergibt.

Fernsehapparate, übersichtliche Tafeln, Schaubilder und eine reiche Auswahl ansprechender Lehrfilme machen die rollende Ausstellung zu einem sehr eindrucksvollen Lehrsaal, der auf alle Fragen eine kluge Antwort weiß. Als besonders wirkungsvoll sind die Trickfilme anzusehen, die in klarer Weise Wirkung und Abwehr moderner Luftkampfmittel aufzeigen.

Man spricht beim zivilen Luftschutz von der Normalanlage, die in jedem Haus eingerichtet

werden. Dabei ist es als sicher anzusehen, daß schon 30 bis 40 cm dicker Stahlbeton genügt, um auch gegen atomare Kampfmittel einen guten Schutz zu bieten. Je größer die Gebäudeabstände sind, desto wirksamer die effektive Schutzmöglichkeit.

Auch Schutzstollen werden als zuverlässige Unterstände angesehen. Als Idealfall gilt das sogenannte „Fuchsbau-System“, bei dem zahlreiche Kleinbunker durch mehrere Gänge miteinander verbunden sind, die über verschiedene Ausgänge verfügen sollen. Die neuesten Erfahrungen sprechen gegen den Bau von Riesenkellern. Als Höchstmaß wird die Anlage für 1500 Personen angesehen.

Gaststättengesetz fertiggestellt

tm. Bonn, 19. September

Das „Gesetz über die sechste Aenderung des Gaststättengesetzes“ wird in Kürze an Bundesrat und Bundestag gehen, nachdem es vom Kabinett verabschiedet worden ist, verläutet am Montag in Bonn.

Die neue Fassung sieht keine Bedürfnisprüfung für eine Schankkonzession vor. Ebenso verzichtet der Entwurf auf die Sachkundeprüfung. Allerdings müssen die örtlichen Polizeibehörden und das Gewerbeaufsichtsamt zuvor gehört werden. Die Konzession kann verweigert werden, wenn die Auffassung besteht, daß der Bewerber nicht zuverlässig ist, d. h., daß er die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht respektiert, dem Trunk verfallen ist, Glücksspiele duldet oder den Alkoholmißbrauch fördert.

Zehnte UNO-Vollversammlung beginnt

Oesterreichs Aufnahme erwartet — Schneidet Molotow die Deutschlandfrage an?

dmt. New York, 19. September

Einen ersten Prüfstein der internationalen Beziehungen seit der „Genfer Entspannungskonferenz“ bildet die 10. Vollversammlung der UNO, die am Dienstagmittag in New York eröffnet wird. Auf ihrer Tagesordnung stehen 66 Punkte, von denen einige größte internationale Bedeutung haben.

Die wichtigsten Themen lauten: internationale Abrüstung und -kontrolle, die Frage der UNO-Mitgliedschaft, die Auswirkungen der Atomstrahlung auf die Gesundheit des Menschen, die Unruhen in Nordafrika, Zypern, sowie die Lage in Marokko und Palästina. Die allgemeine Debatte in New York wird etwa 14 Tage dauern. Ihr schließt sich die Arbeit in den Ausschüssen an. Die gesamte Sitzungsperiode dauert gewöhnlich drei Monate.

Am Vorabend der Eröffnung forderte die Moskauer „Prawda“ in einem Artikel, der in New York stark beachtet wurde, die Wahl eines osteuropäischen Staates als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates, um „frühere Verletzungen der UNO-Grundsätze“ wiedergutzumachen. Das Blatt wendet sich dagegen, daß die USA anstelle eines osteuropäischen einen philippinischen Delegierten in den Sicherheitsrat schicken wollen.

In New York glaubt man, daß die Russen auch die Frage der Aufnahme Rotchinas wieder aufwerfen und möglicherweise zur Vorbedingung für ihre Zustimmung zum Beitritt anderer nicht-kommunistischer Staaten (z. B. Italien und Japan) in die UNO machen werden.

In der Frage der UNO-Mitgliedschaft war es durch das sowjetische Veto gegen die Aufnahmeanträge neuer Mitglieder im Weltsicherheitsrat

in den vergangenen Jahren stets zu einem toten Punkt gekommen. In diesem Jahre gilt jedoch die Aufnahme zumindest eines Landes als sicher: Oesterreich. Die Sowjetunion hat sich nämlich im österreichischen Staatsvertrag verpflichtet, einen diesbezüglichen Antrag der Wiener Regierung zu unterstützen. Die polnische Regierung wird ihre Kandidatur für den Weltsicherheitsrat offiziell anmelden.

Der Vollversammlung wird bei der Behandlung der Abrüstungsfrage das Ergebnis der Fünfmächte-Beratungen in London und der späteren Besprechungen in New York vorliegen. Während die USA den Genfer Vorschlag Präsident Eisenhower, mit der Sowjetunion militärische Informationen auszutauschen und eine gegenseitige Luftüberwachung zu vereinbaren, zur Diskussion gestellt haben, werden die Sowjets Gelegenheit finden auch die Deutschlandfrage vor die UNO-Vollversammlung zu bringen, da der sowjetische Abrüstungsplan vom Mai den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland vorsieht. Die Stellungnahme des sowjetischen Außenministers Molotow hierzu wird mit Spannung erwartet.

Vertrag von 1948 um 20 Jahre verlängert

Unterzeichnung durch Bulganin und Kekkonen — Räumung Porkkalan nach drei Monaten

dmt. Moskau, 19. September

Die finnisch-sowjetischen Besprechungen im Kreml wurden am Montagmittag mit der Unterzeichnung eines Vertrages beendet, durch den der seit 1948 bestehende Vertrag um 20 Jahre verlängert wird. Die Sowjetunion verpflichtet sich, den Militärstützpunkt Porkkala drei Monate nach Ratifizierung des Vertrages zu räumen. Außerdem wurde der Freundschafts- und Beistandsvertrag von 1948 bis 1975 verlängert. Dieser Vertrag, der in drei Jahren abgelaufen wäre, sieht einen gegenseitigen Beistand im Falle eines deutschen Angriffs vor und soll „den neuen Verhältnissen angepaßt“ worden sein.

Bei der Unterzeichnung des Vertrages, unter den Ministerpräsident Bulganin und sein finnischer Kollege Kekkonen sowie der finnische Verteidigungsminister Skog ihren Namen setzten, erklärte Parteisekretär Chruschtschow: „Mit der Liquidierung unserer Militärbasis Porkkala schaffen wir eine wesentlich bessere Basis für unsere Freundschaft: die Basis des Friedens in der Welt.“ Nach den Bestimmungen des Abkommens werden alle von den Sowjets auf Porkkala errichteten Gebäude, sowie die Nachrichten- und Verkehrseinrichtungen Finnland kostenlos überlassen.

Bei der feierlichen Unterzeichnung waren unter anderen die Staatsoberhäupter der Vertragspartner, Woroschilow und Paasiliki, Parteisekretär Chruschtschow und zahlreiche andere Delegationsmitglieder anwesend.

Auf die Frage von Journalisten, ob auch Vereinbarungen über die Heimkehr finnischer Kriegsgefangener aus der Sowjetunion getroffen wurden, sagte Kekkonen, im Schlußkommuniqué stehe, daß „alle Fragen der Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion“ erörtert wurden.

KL. — Auch nach Abschluß der finnisch-sowjetischen Verhandlungen herrscht in Kreisen der Konferenzteilnehmer keine volle Klarheit über die Pflichten, die Ministerpräsident Kekkonen im Namen Finnlands der Sowjetunion gegenüber übernommen hat. Der Vertrag vom 6. April 1948 sah vor, daß Finnland unter bestimmten Bedingungen der Sowjetunion militärischen Beistand leisten muß, was auch für den umgekehrten Fall

SPD: Wahldokumente gefälscht

dpa. Duisburg, 19. September

Im Duisburger Dokumentenfälcherprozeß sagten am Montag die Mitglieder des SPD-Partei-vorstandes Heine, Nau und Orloff sowie mehrere Sekretäre und Sekretärinnen übereinstimmend aus, daß die von dem Angeklagten Hollenberg in Umlauf gesetzten Briefe nie vom Parteivorstand der SPD geschrieben worden seien.

Einige Bezeichnungen seien frei erfunden und die genannten Personen überhaupt nicht bekannt. Auch der „Kurier Schönl“, von dem der Angeklagte die Originalbriefe erhalten haben wollte, sei weder dem Namen noch der Personalbeschreibung nach bekannt.

Hollenberg ist angeklagt, Dokumente gefälscht zu haben, die Bundeskanzler Dr. Adenauer im Wahlkampf zu den Bundestagswahlen zu der Äußerung veranlaßten, der Wahlkampf der SPD werde vom Deutschen Gewerkschaftsbund und aus anderen Quellen finanziert.

gilt. Finnland verpflichtete sich ferner, an keinen gegen die Sowjetunion gerichteten militärischen Bündnissen teilzunehmen. Dieser Vertrag ist nicht nur um 20 Jahre verlängert worden, sondern er wurde auch, wie in der Moskauer finnischen Botschaft erklärt wird, den neuen Verhältnissen angepaßt.

Ueber die Einzelheiten aber tappt man im dunkeln. Nicht einmal der Konferenzort war den leitenden Beamten der Botschaft bekannt. In Ermangelung von Einzelheiten muß man sich mit der Feststellung begnügen, daß Finnland jetzt, unter Beibehaltung seiner formellen Neutralität, in einem viel engeren Verhältnis zu der Sowjetunion steht als bisher.

SRP-Dorls in Brilon verhaftet

dpa. Brilon, 19. September

Der ehemalige Vorsitzende der verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP), Dr. Fritz Dorls, ist, wie die Kriminalpolizei am Montag bekanntgab, in der Nacht zum Sonntag in seinem Heimatort Brilon verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaften Dortmund und Bonn wegen Beleidigung der Bundesregierung und Staatsgefährdung.

Dorls hatte sich 1953 kurz vor der Bundestagswahl dem Zugriff der Gerichte durch eine Flucht in unbekannter Richtung entzogen. Gerüchtweise verlautete damals, daß er sich zeitweise in Ägypten aufgehalten habe.

Wetterbericht

Heiter und trocken

Ein Hoch über Mitteleuropa führt trockene und wärmere Luft nach Westdeutschland. Oertlich Fröhnebel, sonst heiter und trocken. Tages-temperaturen bis 20 Grad ansteigend. Weitere Aussichten: Fortbestand des milden, sonnigen Frühherbstwetters.

Verlag: Wilb. Bell jr., Halver/Westf., Kirchstraße 5, Fernruf Halver 442. Verlagsleitung: Werner Bell, Hauptschriftleitung: Karl A. F. Günther, Lokale Schriftleitung: Dr. Wolfram M. Wegener, Anzeigenleitung: Ernst Höpken. Postverlagsort: Halver i. Westf. Erscheint werktätlich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder im Falle von höherer Gewalt und Streik besteht kein Entschädigungsanspruch. Abbestellungen nur bis zum 20. i. M. schriftlich beim Verlag.



Die alten Leute

haben ihn so manches Mal erprobt: den echten KLOSTERFRAU MELISSEN-GEIST. Er half ihnen bei Alltagsbeschwerden von Kopf, Herz, Magen, Nerven. Aus reicher Erfahrung raten daher die „Alten“: der echte KLOSTERFRAU MELISSEN-GEIST sollte stets griffbereit sein. Machen auch Sie einen Versuch und vertrauen Sie ihm. In Apotheken und Drogerien. Nur echt mit 3 Nonnen! Denken Sie auch an Aktiv-Puder zur Pflege der gesunden und kranken Haut!

Wir stellen noch

Näherinnen



auch jüngere Anlernkräfte, bei guter Verdienstmöglichkeit ein. Märkische Wäschefabrik G.M.B.H. Halver/Westf. Telefon 482

Möbliertes Zimmer

für alleinstehenden Herrn sofort zu mieten gesucht. Angebote erbeten unter Nr. 209 an den Allgemeinen Anzeiger.

Lichtspiele

„Unter den Linden“

Dienstag bis Donnerstag 20 Uhr

Kreuzritter Richard Löwenherz

Ein meisterhafter Film, gewaltig in seinen Ausmaßen, voller dramatischer Spannung

mit Henry Wilcoxon — Lorett Yonny



Geschäftsbücher Schnellhefter usw. Briefordner sowie sämtliche Schreibwaren

Wilh. Bell jr. HALVER

Lichtspiele Karlshöhe

zeigt Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 20 Uhr

William Shakespeare's Drama

Julius Caesar

mit Marlon Brande als Mark Antonius James Mason als Brutus John Gielgud als Cassius Louis Calhern als Julius Caesar

Die unsterblichen Gestalten aus Roms schwerer Zeit — dargestellt von einem Aufgebot der größten Darsteller der Gegenwart.

Ein Film mit dem Prädikat wertvoll



... da ist sie ja, die 8 mal 4 Seife

die griffbereit ins Badezimmer gehört. Sie erfrischt und desodoriert und befreit uns dadurch vom störenden

ETWAS

Manuskripte bitte deutlich schreiben!

Bei Schmerzen bewährt

Bei Erkältung, Zahn- und Kopfschmerzen 1-2 Tabletten in Wasser auflösen. So eingenommen wirkt Temagin schnell und zuverlässig.

1315
10 Tabletten DM -95
20 Tabletten DM 1.70 in allen Apotheken

REGINA LICHTSPIELE HALVER

Heute zum letzten Male: Luise Ulrich in

Ihre große Prüfung

Mittwoch bis Donnerstag 20 Uhr

Erregende Spannung!

Überragende schauspielerische Leistung!

Eine überwältigend großartige Landschaft!

Diese drei Merkmale zeichnen den hervorragend gemachten Abenteuer-Farbfilm

Meuterei am Schlangenfluß

ganz besonders aus!

Die Hauptdarsteller:

James Stewart · Arthur Kennedy

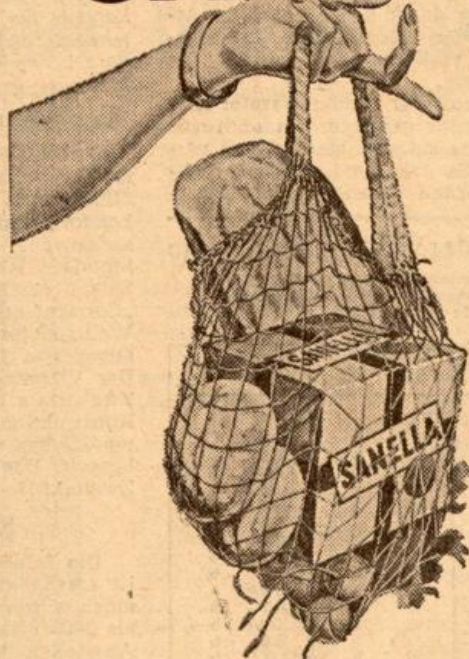
Rock Hudson · Julia Adams

Erhielt
Läuferschweine

Alex Schmale
Halver i. W.
Telefon 443

SANELLA

DIE FEINE



Alles, was eine Margarine wirklich gut macht, ist in Sanelle enthalten

Se 1167

Einmaliges Sonderangebot!

Propangas-Geräte u. Schränke

zu stark herabgesetzten Preisen bietet Ihnen

Joh. Chr. Herdepe Söhne
Halver i. W., Telefon 160